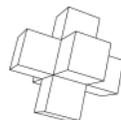


Wirtschaftspapier der Basler FDP. Die Liberalen

Starker Schweizer Franken – Rahmenbedingungen stärken



FDP
Die Liberalen



Starker Franken: zunehmend negativer Einfluss auf regionale Wirtschaft

Latest (11 September 2015): EUR 1 = CHF 1.1031 +0.0108 (+01.0%)

Date range: 1m | 3m | 6m | 1y | 2y | 5y | 10y | All See EUR vs. CHF

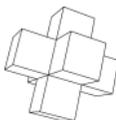
Change from 10 September 2010 to 11 September 2015 -0.1989 (-15.3%)

Minimum (23 January 2015): 0.9816 - Maximum (4 November 2010): 1.3782 - Average: 1.2049



- Der CHF kennt nur einen Trend: Aufwertung
- Erster Schock 2011- die FK für mehr und bessere Arbeitsplätze präsentiert zwei Positionspapiere
- Die Aufhebung des Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank am 15. Januar hat zu einem (weiteren) dramatischen Aufwertungsschub geführt.

Quelle: EZB, Zugriff 15.09.2015

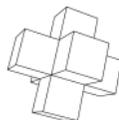


Den Wirtschaftsstandort für heutige und zukünftige Herausforderungen stärken

- Auch wenn sich der Euro in den letzten Wochen etwas erholt hat, hat dies doch beträchtliche Konsequenzen für unsere regionale Wirtschaft, sei es für das Gewerbe wie für die Industrie.
- Die Wirtschaft tut ihr Möglichstes, um mit diesen neuen Bedingungen zurechtzukommen. Dringend notwendig ist nun auch ein Beitrag des Staates.
- FK für mehr und bessere Arbeitsplätze präsentiert auch 2015 zehn konkrete Vorschläge wie der Frankenschock in der Region abgedeckt werden kann.

Die Rahmenbedingungen müssen in fünf zentralen Bereichen verbessert werden:

- Staat als Arbeitgeber
- Vermögen und Abgaben
- Gewerbe
- Effizienz des Staates
- Regulierungen/ Bürokratie



10 Forderungen der Basler FDP. Die Liberalen

Rahmenbedingungen stärken

Der Staat als Arbeitgeber

- 1 Plafonierung der Kantonsmitarbeiter
- 2 Flexibles Rentenalter der Kantonsangestellten

Effizienz des Staates

- 3 Privatisierung der Bauabteilung BVB
- 4 Ausbau der partnerschaftlichen Geschäfte zwischen BS und BL

Vermögen und Abgaben

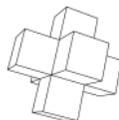
- 5 Optimierung Staatsliegenschaften
- 6 Reduktion der Mehrwertabgabe auf das Minimum
- 7 Revision Grundstückgewinnsteuer

Regulierungen/Bürokratie

- 8 Kantonaler Regulierungskostenbericht
- 9 Eine Anlaufstelle für Unternehmen

Gewerbe

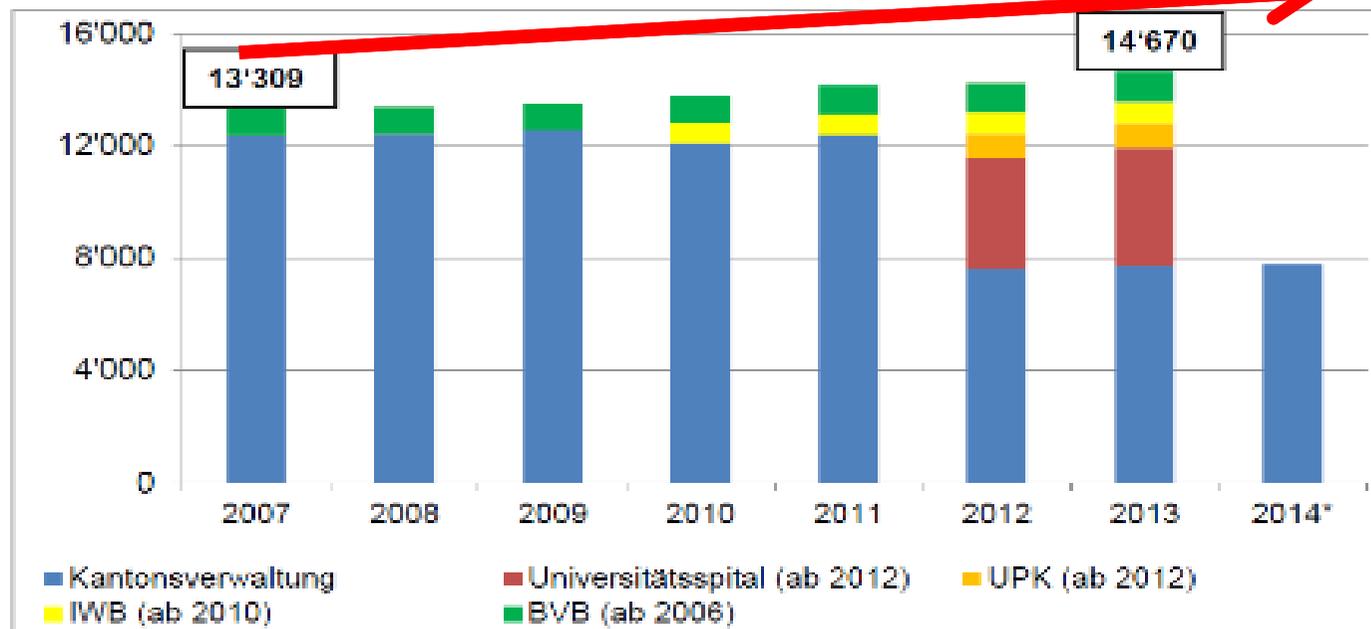
- 10 Spezielles Regime für Industrie- und Gewerbezone



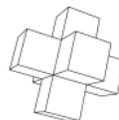
Teil 1

Staat als Arbeitgeber

Entwicklung des Staatspersonals, in FTE



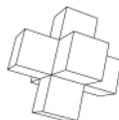
(inkl. ausgelagerte Betriebe ausser Felix Platter-Spital. Zahlen 2014 noch nicht vollständig verfügbar.
Quellen: Jahresberichte)



F1: Plafonierung der Anzahl der Kantonsangestellten

- Jeder Vierte arbeitet heute in der Schweiz beim Staat.
- Lohnsumme beim Bund ist von 2000 bis 2013 von 3.6 auf 5 Milliarden CHF gestiegen → ein Plus von 40%
- Auch in Basel kann man ein stetiges Wachstum der Zahl der Kantonsangestellten beobachten, obwohl Basel-Stadt bereits heute der Kanton mit den meisten Staatsangestellten / Einwohner ist
- Neben den direkten Kosten entzieht dies dem Arbeitsmarkt Arbeitskräfte, konkurrenziert die Privatwirtschaft und erhöht den Migrationsdruck. Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative muss auch der Staat seinen Beitrag leisten und darf nicht stetig weiter wachsen.
- In der Konsequenz braucht es neben der Budgetsteuerung eine Steuerung der Staatsangestellten

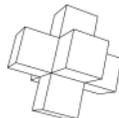
Forderung 1: Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt fordert eine Plafonierung der Anzahl Kantonsangestellte auf dem heutigen Stand, gemessen an der Anzahl Kantonsangestellte im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.



F2: Prüfung der Flexibilisierung des Rentenalters für die Kantonsangestellten

- Das demographische Problem wird sich zukünftig auch in Basel zuspitzen, gleichzeitig sind Arbeitnehmer im Rentenalter zunehmend bereit, unter bestimmten Bedingungen am Erwerbsleben teilzunehmen.
- Die heutige Ausgestaltung des Pensionsalters bei Kantonsangestellten setzt jedoch keine aktiven Anreize hin zu einer längeren Berufstätigkeit.
- Es braucht eine Flexibilisierung der beruflichen Vorsorge beim Kanton Basel-Stadt.
- Die Flexibilisierung des Rentenalters, die Förderung von Alters(teilzeit)arbeit und die Schaffung von wirtschaftlichen Anreizen zum längeren Verbleib im Arbeitsleben machen den Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber attraktiver und senden ein positives Signal für den Arbeitsmarkt generell.

Forderung 2: Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt fordert, dass der Regierungsrat die Flexibilisierung des starren ordentlichen Pensionsalters für die Kantonsangestellten prüfen soll, wie auch die Festlegung einer Untergrenze für die Frühpensionierung und die Möglichkeit von Teilrenten.

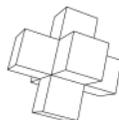


Teil 2

Effizienz des Staates



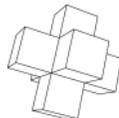
Quelle: www.unterschied-zwischen.net



F3: Privatisierung der Bauabteilung der BVB

- Der Staat hat in erster Linie hoheitliche Aufgaben zu erfüllen.
- Überall, wo es einen Markt gibt, ist die Bereitstellung eines staatlichen Angebotes zu hinterfragen.
- Paradebeispiel: Bauabteilung der BVB
- Ziel ist mehr Effizienz: Wettbewerb führt dazu, dass Leistungen billiger und nachfragegerechter erstellt werden.

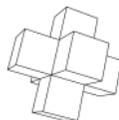
Forderung 3: Die FDP. Die Liberalen Basel-Stadt fordert die Privatisierung staatlicher Tätigkeiten, die von privaten Marktteilnehmern angeboten werden. Als erster Schritt in diese Richtung soll die BVB beauftragt werden, die Leistungen ihrer internen Bauabteilung auf dem Markt auszuschreiben.



F4: Ausbau der partnerschaftlichen Geschäfte zwischen BS und BL

- Viele staatliche oder staatsnahe Dienstleistungen werden in Basel-Stadt und Basel-Landschaft gleich oder ähnlich angefragt.
- Ein Zusammenschluss oder eine bessere Koordination würden in vielen Fällen dazu führen, dass Angebote gebündelt und Grössensynergien entstehen.
- Dies betrifft eine Reihe von Dienstleistungen im Bereich Gesundheit, Energieversorgung, oder im öffentlichen Transport.

Forderung 4: Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt fordert einen Ausbau partnerschaftlicher Geschäfte zwischen baselstädtischen und basellandschaftlichen Ämtern und kantonseigenen Betrieben mit einer konsequenten Nutzung der Synergien in den zwei Halbkantonen.

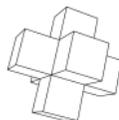


Teil 3

Vermögen und Abgaben



Quelle: Solothurnerzeitung.ch

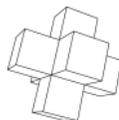


F5: Optimierung Staatsliegenschaften

- Der Kanton ist der grösste Immobilienbesitzer in Basel-Stadt.
- Liegenschaftsbestand ca. 3 Mia CHF. Davon sind Immobilien im Wert von 1.6 Mia CHF Finanzvermögen, also eine Finanzanlage.
- Das ist ein krasser Eingriff in die Marktwirtschaft und eine Wettbewerbsverzerrung.
- Immobilienbesitz soll auf das Notwendige reduziert werden. Dies wird zu einem Investitionsimpuls führen, welcher das Gewerbe stimulieren würde. Die dadurch frei werdenden Mittel sollen u.a. für den Abbau von Schulden verwendet werden.

Forderung 5a: Die FDP. Die Liberalen Basel-Stadt fordert, dass der Immobilienbesitz des Kantons auf das für die Erfüllung der Aufgaben notwendige reduziert und der Anteil des Finanzvermögens an der Bilanzsumme des Kantons somit gesenkt wird.

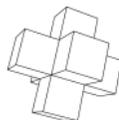
Forderung 5b: Die FDP fordert zudem, dass die Verwaltung für den eigenen Bedarf verwendete Gebäude auf mögliche Effizienzsteigerungen prüft, z.B. durch Verschiebung von Verwaltungseinheiten ohne Kundennähe an preisgünstigere Lagen.



F6: Mehrwertabgabe auf Minimum reduzieren

- Die Mehrwertabgabe wird bei Umzönungen fällig, wo jeweils ein Anteil am Mehrwert vom Staat abgeschöpft wird.
- Abschöpfung wirkt als Bremse auf die Investitionslust.
- Basel-Stadt abschöpft im gesamtschweizerischen Vergleich mit 50 Prozent so viel ab, wie kein anderer Kanton in der Schweiz .
- Der aus dieser Abgabe geöffnete Fonds in Basel-Stadt ist übervoll und es mangelt an sinnvollen Projekten für diese Gelder.
- Eine Reduktion der Mehrwertabgabe auf das im Raumplanungsgesetz zulässige Minimum setzt dringend notwendige Mittel für Investitionen frei und verbessert damit die Anreize für die Erstellung von neuem Wohn- und Gewerberaum.

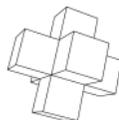
Forderung 6: Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt fordert den Regierungsrat auf, die Mehrwertabgabe auf das im Raumplanungsgesetz zulässige Minimum zu reduzieren.



F7: Revision Grundstückgewinnsteuer

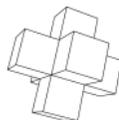
- Als Wirtschaftsstandort muss Basel auch für Private attraktiv sein.
- Dabei ist die Ausgestaltung der Grundstückgewinnsteuer im Kanton Basel-Stadt problematisch.
- Im Kanton Basel-Stadt werden Wertzuwachsgewinne auf Grundstücken bei sämtlichen Steuerpflichtigen mit der Grundstückgewinnsteuer erfasst.
- Inflation führt dazu, dass auf dem Papier Gewinne entstehen, welche nicht auf einen realen Wertzuwachs zurückzuführen sind.
- Der Nachweis der historischen Gestehungskosten gerade für Privatpersonen häufig schwierig.

Forderung 7: Die FDP Basel fordert per Motion ein Modell einzuführen, bei welchem auf Wunsch des Steuerpflichtigen bei Haltedauern über zehn Jahren anstatt der effektiven pauschalierte Gestehungskosten berücksichtigt werden. So können sowohl Geldentwertung als auch Beweisproblematik auf einfache und konsequente Weise Rechnung getragen werden.



Teil 4

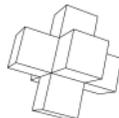
Regulierungen/ Bürokratie



F8: Kantonaler Regulierungskostenbericht

- Regulierungen verursachen immer Kosten für die Unternehmen.
- Der Wirtschaftsstandort Basel kann gestärkt werden, indem konsequent auf unnötige Regulierungen verzichtet wird.
- Auf Bundesebene gibt es bereits einen Regulierungskostenbericht, der zu verschiedenen Massnahmen geführt hat.
- Ein Regulierungskostenbericht ermöglicht es, jede Regulierung darauf zu prüfen, ob deren Nutzen die Kosten auch tatsächlich übersteigen.
- Basler Unternehmen müssen aufgrund der Frankenstärke und der Grenznähe dringend unterstützt werden: das geht am besten mit Abbau von Regulierungen.

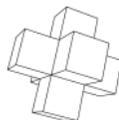
Forderung 8: Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt fordert den Regierungsrat auf, in einem Regulierungskostenbericht die Belastung der Unternehmen und insbesondere der KMU durch staatliche Regulierungen aufzuzeigen, und gleichzeitig Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und zum Erhalt starker, konkurrenzfähiger und innovativer Unternehmen zu präsentieren.



F9: Eine Anlaufstelle für Unternehmen

- Bei der Kommunikation von Unternehmen mit Behörden werden heute die Möglichkeiten des technologischen Fortschritts nicht ausgereizt. Das führt dazu, dass gleiche Angaben von Firmen mehrmals angegeben, papierbasierte Formulare und elektronische Portale parallel bestehen.
- Das verursacht Kosten und Aufwand bei den Unternehmen, könnte aber effizienter gelöst werden. Auf Bundesebene wurde bereits die Vision eines „One-Stop-Shops-Verfahrens“ formuliert.
- Ein solcher "One-Stop-Shop" soll für die Unternehmen 24 Stunden, 365 Tage im Jahr verfügbar sein und mit einer elektronischen Identität bzw. entsprechenden Zugangsberechtigungen ausgestattet sein.
- Diese Bemühungen des Bundes müssen auch auf kantonaler Ebene hinreichend unterstützt bzw. gespiegelt werden. Es liegt im Interesse der Basler Unternehmen, dass Basel hier eine Vorreiterrolle einnimmt.

Forderung 9: Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt fordert den Aufbau eines „One-Stop-Shops“ für Behördenkontakte von Unternehmen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass durch einen geregelten Informationsfluss zwischen den Behörden, die mehrfache Meldung gleicher Angaben durch Unternehmen vermieden wird.

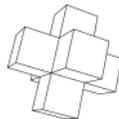


Teil 5

Gewerbe



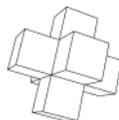
Quelle: dreispitz.ch



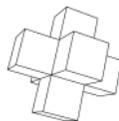
F10: Spezielles Regime für Industrie- und Gewerbezone

- **Dreispitzareal bietet ein anschauliches Beispiel für die Probleme des Gewerbes und der Industrie in Basel: CMS sistierte die geplante Weiterentwicklung, weil das Verkehrs- und Grünflächenregime nicht den Bedürfnissen des Gewerbes entspricht.**
- **Es muss jedoch Flächen im Kanton geben, wo Gewerbe und Industrie tätig sein können, ohne das Anwohner ähnliche Rechte durchsetzen können, wie in einem Wohnquartier (z.B. auch Lysbüchel).**
- **Eine Stadt lebt davon, dass unterschiedliche Gruppierungen sie beleben und nutzen. Dazu gehören gewerbliche und industrielle Nutzung.**

Forderung 10: Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt fordert den Erhalt der Industrie- und Gewerbebezonen auf dem Kantonsgebiet. Dort wo Mischnutzungen angestrebt werden, darf es nicht zu einer Erosion der Rechte des Gewerbes kommen. Es sind gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, die im Rahmen von Mischnutzungen dem Gewerbe Priorität gegenüber dem Wohnraum-Nutzer zugestehen.



BACKUP



Leitlinien der Basler FDP. Die Liberalen für mehr und bessere Arbeitsplätze

Bildung:	Qualität verbessern und halten
Forschung und Innovation:	Stärkung des Standorts durch die richtigen Anreize
Arbeitsmarkt:	Flexibel und offen für hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland
Staatshaushalt BS:	Nachhaltig wirtschaften und Schulden abbauen
Steuern/ Abgaben:	Unternehmenssteuern senken und Standortattraktivität steigern
Infrastruktur, Verkehr, Energie und Umwelt:	Optimal ausgebaut und nachhaltig
Regionale Vernetzung und Kooperation:	Potenziale der Region ausschöpfen
Regulierungen und Bürokratie:	Weniger ist mehr
Lebensqualität:	Attraktiven Lebens- und Wohnraum schaffen und Kultur fördern
Sicherheit:	Präsenz der Polizei stärken und Prävention erhöhen

